

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/834 –**

Senkung der Stattgabe von Widersprüchen und Reduktion von Klageerfolgen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit der Weisung der Bundesagentur für Arbeit HEGA 12/09–12, die ab dem 21. Dezember 2009 gültig ist (http://www.arbeitsagentur.de/nn_166486/zentraler-Content/HEGA-Internet/A07-Geldleistung/Dokument/HEGA-12-2009-VG-Leistungsgewahrung.html), wird u. a. die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit in der Widerspruchs- und Klagebearbeitung im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) klargestellt. Es wird u. a. angewiesen, sogenannte Stattgaben in Widerspruchsverfahren bis Sommer 2010 auf 30 Prozent zu senken.

Bereits in einer E-Mail-Weisung der Bundesagentur für Arbeit vom 29. September 2008 (Aktenzeichen II – 7002/7003) war von einer Reduktion des vermeidbaren Anteils an Stattgaben von Widersprüchen auf 30 Prozent ab 2009 die Rede. Außerdem soll die Erfolgsquote von Klagen verringert werden. Der Hintergrund wurde in dieser Weisung wie folgt beschrieben: „Widersprüchen wird zu rd. 60 Prozent ganz oder teilweise statt gegeben, weil eine unzureichende Sachverhaltsaufklärung erfolgte oder das Recht nicht richtig angewandt wurde. Die Erfolgsquote bei Klagen beträgt trotz einer hohen Stattgabequote in den Widerspruchsverfahren nahezu 50 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass die vergleichsweise hohe Wahrscheinlichkeit des Erfolgs eines Rechtsmittels dessen Einlegung begünstigt.“

Nach dieser Problembeschreibung wurde u. a. folgende Zielsetzung in dieser Weisung festgehalten: „Die Grundsicherungsstellen schaffen die organisatorischen und fachlichen Voraussetzungen dafür, Hilfebedürftige nicht (mehr) ohne Anhaltspunkte für eine rechtswidrig ergangene Entscheidung anlässlich von Auskunftsbegehren oder Beschwerden auf die Möglichkeit des Widerspruchs zu verweisen. Dasselbe gilt für die Aufnahme von Widersprüchen in der Widerspruchsstelle.“ Weiter heißt es: „Im Übrigen ist unter Wirtschaftlichkeitsabwägungen darüber zu befinden, ob zu einem als rechtmäßig erkannten Bescheid ein Widerspruchsbescheid gefertigt oder der Widerspruchsführer eingeladen wird, um ihn unter Darlegung der Sach- und Rechtslage zur Rücknahme des Widerspruchs zu bewegen.“

Nach jüngsten Meldungen verzeichneten die Sozialgerichte im Jahr 2009 mit rund 194 000 Klagen eine Rekordzahl im Bereich des SGB II und eine Zunahme um 10 Prozent gegenüber dem Jahr 2008.

Mit den Weisungen soll offenbar dazu beigetragen werden, die Klageflut einzudämmen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass dadurch die Möglichkeiten und Rechtsmittel, die Erwerbslosen zustehen, eingeschränkt werden, was nicht hinnehmbar ist.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die in Rede stehenden Weisungen der Bundesagentur für Arbeit vom 29. September 2008 und 21. Dezember 2009 dienen dem Ziel, eine Verbesserung der Praxis der Grundsicherungsstellen beim Umgang mit Rechtsbehelfen zu erreichen.

Eine ausführliche Beratung über die Rechtsgrundlage und die Entscheidungsgründe der Arbeitsgemeinschaften und Agenturen für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung ist eine gesetzliche Verpflichtung und zentrale Forderung von vielen Leistungsempfängern. Neben der Sachbearbeitung an sich kann dies auch durch die Widerspruchsstelle erfolgen. Gerade in Fällen, in denen der Leistungsempfänger eine Entscheidung der Grundsicherungsstelle nicht nachvollziehen kann, ist eine solche Beratung umso wichtiger.

Es wird ausdrücklich klargestellt, dass erbetene Auskünfte über mögliche Rechtsmittel nicht verweigert werden dürfen bzw. der Widerspruchsführer nicht von seinem Willen, Widerspruch einzulegen, abgebracht werden darf. In jedem Bescheid ist ein Hinweis auf mögliche Rechtsbehelfe vorzusehen.

1. Wie viele Widersprüche und wie viele Klagen erfolgten gegen amtliche Entscheidungen im Bereich des SGB II in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 (bitte getrennt nach Widerspruchs- und Klagegegenständen)?
2. Wie viele Widersprüche und wie viele Klagen (gesondert nach Ebene der Gerichte, absolut und in Prozent) wurden ganz oder teilweise zugunsten der Widerspruchs- und Klageführer entschieden (bitte getrennt nach Widerspruchs- und Klagegegenständen)?

Antwort zu den Fragen 1 und 2:

Zur Beantwortung der Fragen 1 und 2 wird auf die Anlage verwiesen. Die Aufstellung umfasst die Verfahren der Arbeitsgemeinschaften und der Agenturen in getrennter Aufgabenwahrnehmung. Erkenntnisse über die Widerspruchs- und Klageverfahren gegen Entscheidungen der zugelassenen kommunalen Träger liegen der Bundesregierung nicht vor. Die Darstellung der Klagen bezieht sich auf erstinstanzliche Verfahren. Eine bundesweite Erfassung der Berufungs- und Revisionsverfahren wird erstmals für das Jahr 2010 vorliegen.

3. Wie erklärt die Bundesregierung den von der Bundesagentur für Arbeit behaupteten Zusammenhang von unzureichender Sachverhaltsaufklärung und hoher Stattgabe von Widersprüchen?

Grundsicherungsleistungen sind bedarfsabhängig. Die Berechnung der Leistungen erfordert die Berücksichtigung einer Vielzahl von sich teilweise ändernden Faktoren wie z. B. die Höhe der Mietzahlungen, Höhe anzurechnenden Einkommens und damit verbundene Absetzungsbeträge, Vermögen oder Mehrbedarf begründende Tatsachen. Jeder dieser Faktoren hat erheblichen Einfluss auf die

Leistungshöhe. Im Spannungsfeld zwischen zeitnaher Bearbeitung und Rechtmäßigkeit der Bewilligung kann es zu Entscheidungen kommen, die fehlerhaft sind, da nicht alle Faktoren ausermittelt wurden.

Es liegt in der Verantwortung der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die Grundsicherungsstellen auf eine sorgfältige Aufklärung des Sachverhalts und eine fehlerfreie Rechtsanwendung hinzuweisen, um den Anteil dieser vermeidbaren Stattgaben zu verringern und damit sicherzustellen, dass über gesetzliche Ansprüche bereits bei der Ausgangsentscheidung und nicht erst im Rechtsbehelfsverfahren rechtmäßig entschieden wird.

4. Wie hoch wäre nach Meinung der Bundesregierung der Anteil des Grundes „unzureichende Sachverhaltsaufklärung“ an den Stattgaben von Widersprüchen?

Im Jahr 2009 wurden rund 830 000 Widersprüche abschließend bearbeitet. Rund 300 000 (36,3 Prozent) der Widersprüche wurde ganz oder teilweise stattgegeben. Von diesen Stattgaben wiederum waren 58 000 (19,3 Prozent) auf unzureichende Sachverhaltsaufklärung zurückzuführen.

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Weisung, dass Hilfebedürftige anlässlich von Auskunftsbegehren oder Beschwerden gegenüber der Grundsicherungsstelle nicht mehr durch die Grundsicherungsstelle auf die Möglichkeit von Widersprüchen verwiesen werden sollen, wenn seitens der Grundsicherungsstelle, gegen deren Entscheidung möglicherweise ein Widerspruch eingelegt werden könnte, keine Anhaltspunkte für eine rechtswidrig ergangene Entscheidung gesehen werden?

Die hier zitierte Weisung der Bundesagentur für Arbeit hat inhaltlich zum Gegenstand, dass Auskunfts- und Beratungssuchen ausführlich und erschöpfend nachzukommen ist und nicht unter Hinweis auf die Möglichkeit der Widerspruchseinlegung nur eingeschränkt durchgeführt werden dürfen. Damit soll vermieden werden, dass Betroffene nur deshalb Widerspruch einlegen, weil sie die getroffene Verwaltungsentscheidung nicht nachvollziehen können.

In der Weisung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies nicht zum Anlass genommen werden darf, Auskünfte über mögliche Rechtsmittel zu verweigern bzw. den Versuch zu unternehmen, Leistungsempfänger von Widersprüchen abzubringen. Die Möglichkeit von Rechtsbehelfsverfahren bleibt unberührt.

6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Weisung, dass „Wirtschaftlichkeits-erwägungen“ darüber befinden sollen, ob zu einem als rechtmäßig erkannten Bescheid ein Widerspruchsbescheid gefertigt oder der Widerspruchsführer eingeladen wird, um ihn unter Darlegung der Sach- und Rechtslage zur Rücknahme des Widerspruchs zu bewegen?

Die Aussage muss in Zusammenhang mit dem gesamten Regelungsinhalt der Weisungen, die eine Steigerung der Qualität der Widerspruchsverfahren zum Ziel haben, gesehen werden. Zu einem ordnungsgemäßen Verwaltungsvollzug gehört es, in der Widerspruchsstelle Antragstellenden die Rechtmäßigkeit eines Bescheides darzulegen und auf die Erfolgsaussichten eines beabsichtigten Widerspruches hinzuweisen. Dies gilt auch für die Möglichkeit, bei Bedarf die Widerspruchsführer einzuladen, um ihnen die Rechtslage zu verdeutlichen. Dies kann ein wichtiges Instrument sein, um Missverständnisse aufzuklären und für die Zukunft zu vermeiden sowie Klarheit über den Leistungsanspruch zu errei-

chen. Ziel ist es ausdrücklich nicht, den Widerspruchsführer aus Gründen der Wirtschaftlichkeit einzuladen, um ihn zu einer Rücknahme seines Widerspruchs zu bewegen.

7. Stimmt die Bundesregierung der Feststellung zu, dass die Ursache für die Stattgabe von Widersprüchen und die hohe Erfolgsquote bei Klagen für die Klageführerinnen und Klageführer in fehlerhaften Verwaltungsentscheiden liegt?

Die Ursachen für die Stattgabe von Widersprüchen und die Erfolgsquote sind vielfältig. Es gibt Gründe, die nicht im Verantwortungsbereich der Verwaltungsbehörden liegen, z. B. Änderung des Sachverhalts, nachgereichte Unterlagen, Änderungen der Rechts- und Weisungslage. Viele Rechtsfragen sind erstmals vor Gericht zu klären. Bis zu einer abschließenden Entscheidung des Bundessozialgerichts wird im Instanzenweg uneinheitlich entschieden.

Außerdem lassen erfolgreiche Untätigkeitsklagen keine Aussage über die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsentscheidungen zu.

8. Welche Ursachen kann die Bundesregierung für die hohe Anzahl von fehlerhaften Verwaltungsentscheiden benennen, und welche Maßnahmen sieht sie geboten, damit fehlerhafte Verwaltungsentscheidungen weitgehend vermieden werden?

Die – absolut gesehen – hohe Zahl der Klagen ist im Wesentlichen auf die hohe Anzahl an Bescheiden zurückzuführen. Im Jahr 2009 wurden rund 25 Millionen Bescheide im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende erstellt. Es wurden rund 805 000 Widersprüche und rund 143 000 Klagen erhoben. Rund 1,2 Prozent der Bescheide wurden im Rahmen des Widerspruchsverfahrens geändert oder aufgehoben. Vor Gericht aufgehoben oder geändert wurden rund 0,2 Prozent.

Diese Zahlen machen deutlich, dass die Einschätzung, die Grundsicherungsstellen würden in hohem Maße fehlerhaft entscheiden, nicht zutrifft.

Die Gewährleistung der Rechtmäßigkeit der Leistungserbringung umfasst u. a. eine ständige Qualifizierung der Beschäftigten, eine Stabilisierung des Personalkörpers sowie eine Stärkung der Fachaufsicht.


9. Stimmt die Bundesregierung zu, dass Widersprüche und Klagen ein legitimes und rechtlich verbrieftes Mittel für Erwerbslose sind, ihre Rechte einzufordern und sich gegen nachteilige Verwaltungsentscheidungen zur Wehr zu setzen, und wie beurteilt sie vor diesem Hintergrund das Vorgehen, diese auf dem Wege von Verwaltungsanweisungen einschränken zu wollen?

Jeder Betroffene hat das verfassungsrechtlich verbürgte Recht, eine Entscheidung der Verwaltung im Widerspruchsverfahren und vor Gericht überprüfen zu lassen. Dies ist auch unverzichtbar, um eine stetige Verbesserung der Leistungsgewährung zu erreichen.

Die Weisung der Bundesagentur für Arbeit von September 2008 dient dazu, die Leistungsgewährung der Grundsicherungsstellen im Interesse der Leistungsempfänger zu verbessern und u. a. eine Steigerung der Beratungsqualität zu erreichen.

Bundesagentur für Arbeit

23.03.2010



Zusammenstellung der Daten zur Kleinen Anfrage der Abgeordneten Katja Kipping u.a. und der Fraktion DIE LINKE (BT-Drucksache 17/834)

- Erläuterung
1. Für die Zeit vom 01.01.2005 bis 23.09.2005 liegen keine aufgeschlüsselten Daten zu den Gegenständen der Widersprüche und Klagen vor.
 2. Eine Auswertung des Stattgabegrundes "unzureichende Sachverhaltsaufklärung" erfolgt erst ab 2007.
 3. Klageverfahren in 2. und 3. Instanz werden erst ab Mitte 2009 zentral erfasst, Auswertungen liegen noch nicht vor.
 4. Die Verfahren der zugelassenen kommunalen Träger sind nicht enthalten.

1. Widersprüche

	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe Stattgaben (teilweise und ganz)	Stattgabequote	Zurückweisung	sonstige Erledigung	Unerl. W am Ende der Berichtszeit
§ 11 Anrechnung von Einkommen	41.993	36.853	15.928	43,2%	17.030	3.895	50.863
§ 12 Anrechnung von Vermögen	2.876	2.445	935	38,2%	1.262	248	2.742
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	4.721	3.316	1.083	32,7%	1.959	274	3.964
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	705	451	130	28,8%	281	40	577
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	20.759	20.342	7.409	36,4%	10.610	2.323	28.895
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	2.690	2.584	1.056	40,9%	1.325	203	3.062
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	34.262	29.992	13.085	43,6%	14.124	2.783	40.366
§ 24 Befristeter Zuschlag	2.247	2.673	1.109	41,5%	1.366	198	3.127
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	9	20	7	35,0%	6	7	31
§ 26 Beitragszuschüsse	181	165	63	38,2%	76	26	250
§ 28 Sozialgeld	60	81	36	44,4%	36	9	80
§ 29 Einstiegsgeld	169	129	53	41,1%	69	7	162
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	9.433	6.073	2.243	36,9%	3.305	525	7.321
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	70	49	22	44,9%	24	3	72
§ 33 Übergang von Ansprüchen	408	275	99	36,0%	133	43	402
§ 34 Ersatzansprüche	491	231	69	29,9%	130	32	529
Sonstige	33.371	23.935	8.061	33,7%	12.706	3.168	35.951
Keine Angaben	16.367	14.362	5.668	39,5%	6.557	2.137	30.941
01.01.-23.09.05 (Montioring)	496.157	292.246	122.460	41,9%	135.230	34.556	203.911
24.09.-31.12.05 (Statistik über CoLei PC SGG Alg II)	170.812	143.976	57.056	39,6%	70.999	15.921	209.335
Summen (01.01.-31.12.05)	666.969	436.222	179.516	41,2%	206.229	50.477	209.335

Aufschlüsselung nach Gegenstand nur für die Zeit
vom 24.09.2005 bis 31.12.2005

2. Klagen

	erhobene Klagen	erledigte Klagen	Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	durch Urteil abgewiesen	auf sonstige Weise erledigt	darunter (Spalte G) mit ganz od. tw. Nachgegebener ARGE/AAGAw	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger	unerl. Klagen am Ende des Berichtszeitraumes
§ 11 Anrechnung von Einkommen	3.071	1.220	73	170	977	367	36,1%	5.763
§ 12 Anrechnung von Vermögen	415	157	16	22	119	42	36,9%	738
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	237	55	0	11	44	16	29,1%	296
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	33	11	1	0	10	2	27,3%	44
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	1.994	826	46	155	625	191	28,7%	3.684
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	289	119	9	24	86	30	32,8%	515
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	2.857	1.064	69	144	851	295	34,2%	4.810
§ 24 Befristeter Zuschlag	203	104	6	19	79	22	26,9%	400
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	5	1	0	0	1	1	100,0%	6
§ 26 Beitragszuschüsse	11	7	1	2	4	0	14,3%	34
§ 28 Sozialgeld	7	1	0	0	1	0	0,0%	11
§ 29 Einstiegsgeld	9	3	0	0	3	2	66,7%	9
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	409	86	3	16	67	30	38,4%	478
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	5	2	0	0	2	1	50,0%	4
§ 33 Übergang von Ansprüchen	23	6	0	1	5	3	50,0%	31
§ 34 Ersatzansprüche	22	1	0	0	1	0	0,0%	27
Sonstige	2.520	799	23	156	620	177	25,0%	3.788
Keine Angaben	1.304	570	26	68	476	159	32,5%	2.663
01.01.-23.09.05 (Monitoring)	25.241	n.e.						n.e.
24.09.-31.12.05 Statistik CoLeiPC SGG AlgII)	13.414	5.032	273	788	3.971	1.338	32,0%	23.301
Summen (01.01.-31.12.05)	38.655	n.e.						23.301

Aufschlüsselung nach Gegenstand nur für die Zeit vom 24.09.2005 bis 31.12.2005

1. Widersprüche

	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	Zurückweisung	sonstige Erledigung	unerledigte Widersprüche am Ende des Zeitraums
§ 11 Anrechnung von Einkommen	162.433	154.135	63.618	41,3%	70.884	19.633	726.493
§ 12 Anrechnung von Vermögen	11.585	9.974	3.377	33,9%	5.499	1.098	40.928
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	21.016	17.984	5.346	29,7%	11.174	1.464	66.589
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	2.727	2.598	750	28,9%	1.599	249	9.481
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	82.745	74.607	26.833	36,0%	38.169	9.605	392.460
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	10.271	10.252	3.801	37,1%	5.543	908	38.484
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	133.620	125.725	50.628	40,3%	60.407	14.690	558.511
§ 24 Befristeter Zuschlag	5.788	7.285	2.751	37,8%	3.738	796	31.131
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	166	108	42	38,9%	43	23	539
§ 26 Beitragszuschüsse	743	792	264	33,3%	335	193	3.289
§ 28 Sozialgeld	255	242	92	38,0%	118	32	896
§ 29 Einstiegsgeld	1.314	994	227	22,8%	688	79	4.354
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	45.415	37.814	12.880	34,1%	22.135	2.799	142.941
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	467	349	127	36,4%	162	60	1.249
§ 33 Übergang von Ansprüchen	1.855	1.653	406	24,6%	1.023	224	6.367
§ 34 Ersatzansprüche	1.477	1.124	348	31,0%	585	191	6.651
Sonstige	162.397	133.280	42.065	31,6%	71.160	20.055	642.739
Keine Angaben	60.210	34.289	18.071	52,7%	16.218	0	311.580
Summen (Zeilen 1 - 18)	704.484	613.205	231.626	37,8%	309.480	72.099	286.071

2. Klagen

	erhobene Klagen	erledigte Klagen	Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	durch Urteil abgewiesen	auf sonstige Weise erledigt	darunter (Spalte G) mit ganz od. tw. Nachgegebener ARGE/AAGAw	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger	unerl. Klagen am Ende des Berichtszeitraumes
§ 11 Anrechnung von Einkommen	14.418	7.975	461	1.103	6.411	2.423	36,2%	110.585
§ 12 Anrechnung von Vermögen	1.715	916	48	165	703	282	36,0%	13.533
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	1.427	559	22	94	443	137	28,4%	8.416
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	266	92	4	10	78	24	30,4%	1.504
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	9.423	5.369	267	944	4.158	1.581	34,4%	68.290
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	1.315	733	38	143	552	167	28,0%	10.030
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	14.567	7.429	456	1.067	5.906	2.628	41,5%	101.492
§ 24 Befristeter Zuschlag	560	432	22	81	329	114	31,5%	5.749
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	21	10	0	2	8	8	80,0%	95
§ 26 Beitragszuschüsse	67	42	5	5	32	17	52,4%	625
§ 28 Sozialgeld	29	20	1	1	18	9	50,0%	220
§ 29 Einstiegsgeld	127	37	0	8	29	16	43,2%	569
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	3.129	1.223	69	218	936	442	41,8%	17.017
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	21	5	3	1	1	1	80,0%	141
§ 33 Übergang von Ansprüchen	196	80	4	13	63	24	35,0%	1.088
§ 34 Ersatzansprüche	146	61	2	9	50	29	50,8%	922
Sonstige	16.541	7.213	297	1.237	5.679	2.126	33,6%	99.586
Keine Angaben	5.944	3.070	157	453	2.460	1.050	39,3%	41.786
Summen (Zeilen 1 - 18)	69.912	35.266	1.856	5.554	27.856	11.078	36,7%	55.380

1. Widersprüche

	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	Zurückweisung	sonstige Erledigung	unerledigte Widersprüche am Ende des Zeitraums	Anzahl Stattgaben aufgrund unzureichender Sachverhaltsauf- klärung	Anteil
§ 11 Anrechnung von Einkommen	170.382	188.214	77.080	41,0%	88.407	22.727	811.229	13.663	17,7%
§ 12 Anrechnung von Vermögen	12.582	13.513	4.691	34,7%	7.496	1.326	52.021	811	17,3%
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	23.438	25.581	7.320	28,6%	16.432	1.829	75.000	1.660	22,7%
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	3.212	3.691	926	25,1%	2.453	312	11.470	199	21,5%
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	80.078	84.040	29.848	35,5%	43.904	10.288	398.220	5.429	18,2%
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	11.139	11.855	3.828	32,3%	7.167	860	39.496	737	19,3%
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	140.740	154.149	58.894	38,2%	79.151	16.104	610.067	11.933	20,3%
§ 24 Befristeter Zuschlag	3.229	4.718	1.795	38,0%	2.381	542	17.633	289	16,1%
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	219	221	75	33,9%	125	21	743	9	12,0%
§ 26 Beitragszuschüsse	756	854	335	39,2%	415	104	3.724	68	20,3%
§ 28 Sozialgeld	773	668	213	31,9%	405	50	1.784	33	15,5%
§ 29 Einstiegsgeld	1.824	2.004	374	18,7%	1.522	108	6.908	89	23,8%
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	64.857	64.203	24.330	37,9%	36.018	3.855	195.054	4.846	19,9%
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	546	494	202	40,9%	238	54	1.623	26	12,9%
§ 33 Übergang von Ansprüchen	1.364	1.685	363	21,5%	1.073	249	5.570	59	16,3%
§ 34 Ersatzansprüche	1.537	1.540	501	32,5%	849	190	7.146	83	16,6%
Sonstige	193.095	191.183	63.041	33,0%	105.344	22.798	878.179	10.513	16,7%
Keine Angaben	54.116	26.739	9.747	36,5%	12.667	4.325	310.440	1.707	17,5%
Summen (Zeilen 1 - 18)	763.887	775.352	283.563	36,6%	406.047	85.742	271.604	52.154	18,4%

2. Klagen

	erhobene Klagen	erledigte Klagen	Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	durch Urteil abgewiesen	auf sonstige Weise erledigt	darunter (Spalte G) mit ganz od. tw. Nachgegebener der ARGE/AAGAw	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger	unerl. Klagen am Ende des Berichtszeitraumes
§ 11 Anrechnung von Einkommen	19.712	12.115	689	1.477	9.949	4.267	40,9%	196.417
§ 12 Anrechnung von Vermögen	2.482	1.513	91	219	1.203	489	38,3%	24.776
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	2.151	1.197	42	200	955	344	32,2%	19.532
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	413	208	5	32	171	55	28,8%	3.738
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	11.866	7.283	443	1.183	5.657	2.353	38,4%	117.305
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	1.822	1.021	57	213	751	300	35,0%	17.687
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	21.059	12.131	851	1.507	9.773	4.807	46,6%	196.075
§ 24 Befristeter Zuschlag	399	378	23	39	316	99	32,3%	6.510
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	16	4	1	1	2	2	75,0%	116
§ 26 Beitragszuschüsse	97	51	6	7	38	15	41,2%	1.017
§ 28 Sozialgeld	54	23	1	2	20	8	39,1%	461
§ 29 Einstiegsgeld	258	109	2	32	75	31	30,3%	1.906
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	5.744	3.005	201	445	2.359	1.330	50,9%	44.258
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	41	30	1	4	25	15	53,3%	247
§ 33 Übergang von Ansprüchen	236	146	4	29	113	37	28,1%	2.217
§ 34 Ersatzansprüche	223	101	8	6	87	50	57,4%	1.900
Sonstige	27.101	14.545	725	2.043	11.777	5.123	40,2%	225.310
Keine Angaben	5.478	3.206	140	451	2.615	1.228	42,7%	54.086
Summen (Zeilen 1 - 18)	99.152	57.066	3.290	7.890	45.886	20.553	41,8%	95.103

1. Widersprüche

	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	Zurückweisung	sonstige Erledigung	unerledigte Widersprüche am Ende des Zeitraums	Anzahl Stattgaben aufgrund unzureichender Sachverhaltsauf- klärung	Anteil
§ 11 Anrechnung von Einkommen	179.896	209.157	82.915	39,6%	101.846	24.396	51.747	15.564	18,8%
§ 12 Anrechnung von Vermögen	10.104	12.464	4.276	34,3%	6.928	1.260	2.676	849	19,9%
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	24.198	26.267	7.368	28,1%	16.955	1.944	5.178	1.665	22,6%
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	3.188	3.596	829	23,1%	2.427	340	770	185	22,3%
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	79.949	88.493	31.809	35,9%	47.083	9.601	24.485	5.600	17,6%
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	11.342	12.239	3.829	31,3%	7.535	875	2.766	758	19,8%
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	147.665	165.192	62.174	37,6%	86.429	16.589	39.500	13.142	21,1%
§ 24 Befristeter Zuschlag	2.155	2.655	988	37,2%	1.363	304	404	156	15,8%
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	304	112	59	52,7%	33	20	19	4	6,8%
§ 26 Beitragszuschüsse	999	908	336	37,0%	467	105	235	57	17,0%
§ 28 Sozialgeld	571	1.709	981	57,4%	302	426	49	23	2,3%
§ 29 Einstiegsgeld	1.840	1.930	388	20,1%	1.464	78	361	71	18,3%
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	68.905	74.753	31.050	41,5%	40.095	3.608	12.878	5.675	18,3%
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	844	588	285	48,5%	247	56	55	36	12,6%
§ 33 Übergang von Ansprüchen	1.526	1.379	275	19,9%	906	198	141	50	18,2%
§ 34 Ersatzansprüche	1.936	1.739	616	35,4%	954	169	350	78	12,7%
Sonstige	208.274	220.555	72.073	32,7%	124.446	24.036	62.700	12.737	17,7%
Keine Angaben	44.931	18.132	6.740	35,7%	8.685	3.436	15.850	1.287	19,1%
Summen (Zeilen 1 - 18)	788.627	841.868	306.991	36,4%	448.165	87.441	220.164	57.937	18,9%

2. Klagen

	erhobene Klagen	erledigte Klagen	Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	durch Urteil abgewiesen	auf sonstige Weise erledigt	darunter (Spalte G) mit ganz od. tw. Nachgegeben der ARGE/AAGAw	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger	unerl. Klagen am Ende des Berichtszeitraumes
§ 11 Anrechnung von Einkommen	25.447	18.071	944	1.523	15.604	7.480	46,6%	28.168
§ 12 Anrechnung von Vermögen	2.694	2.092	121	286	1.685	721	40,2%	3.106
§ 16 Abs. 1 Eingliederungsleistungen nach dem SGB III	2.836	1.962	76	380	1.506	598	34,4%	2.858
§ 16 Abs. 2 Nr. 1-4, 6 weitere Eingliederungsleistungen	680	365	11	79	275	99	30,1%	566
§ 20 Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	14.352	11.112	891	1.247	8.974	4.735	50,6%	15.226
§ 21 Leistungen für Mehrbedarf beim Lebensunterhalt	2.566	1.589	115	251	1.223	479	37,4%	2.734
§ 22 Leistungen für Unterkunft und Heizung	26.683	19.520	1.428	1.977	16.115	8.708	51,9%	28.694
§ 24 Befristeter Zuschlag	574	417	21	39	357	132	36,7%	410
§ 25 Leistungen bei Arbeitsunfähigkeit	265	19	2	1	16	10	63,2%	7
§ 26 Beitragszuschüsse	505	110	9	24	77	30	35,5%	148
§ 28 Sozialgeld	425	249	118	10	121	80	79,5%	52
§ 29 Einstiegsgeld	707	235	18	46	171	55	31,1%	284
§ 31 Absenkung/Wegfall Alg II	7.847	5.717	827	660	4.230	2.906	65,3%	7.250
§ 32 Absenkung/Wegfall Sozialgeld	450	30	2	2	26	13	50,0%	27
§ 33 Übergang von Ansprüchen	820	252	31	47	174	78	43,3%	278
§ 34 Ersatzansprüche	861	178	15	18	145	96	62,4%	311
Sonstige	38.489	24.127	1.329	2.973	19.825	9.733	45,8%	37.126
Keine Angaben	6.155	3.010	163	408	2.439	1.208	44,2%	4.641
Summen (Zeilen 1 - 18)	132.356	89.055	6.121	9.971	72.963	37.161	48,6%	131.886

Zentrale
SP II 21Berichtszeitraum
01.01.2009 bis 31.12.2009

23.03.2010

1. Widersprüche

	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	Zurückweisung	sonstige Erledigung	unerledigte Widersprüche am Ende des Zeitraums	Anzahl Stattgaben aufgrund unzureichender Sachverhaltsauf- klärung	Anteil
00 keine Angabe	57.891	13.416	12.963	96,6%	111	342	15.697	8	0,1%
01 § 7 Berechtigte	14.671	13.981	4.977	35,6%	7.583	1.401	3.330	970	19,5%
02 § 8 Erwerbsfähigkeit	885	922	238	25,6%	540	144	121	46	19,3%
03 § 9 Hilfebedürftigkeit	11.520	10.870	3.876	35,7%	5.581	1.413	2.808	794	20,5%
04 § 11 Zu berücksichtigendes Einkommen	137.543	168.426	67.574	40,1%	80.020	20.832	35.137	13.499	20,0%
05 § 12 Zu berücksichtigendes Vermögen	8.720	9.963	3.345	33,6%	5.579	1.039	2.167	627	18,7%
06 § 16 Abs. 1 AN-Leistungen zur Engliederung	19.067	21.586	6.167	28,6%	13.683	1.716	3.882	1.435	23,3%
07 § 16 Abs. 1 AG-Leistungen zur Engliederung	2.631	2.460	787	32,0%	1.474	199	610	125	15,9%
08 § 16 Abs. 2 S. 1 sonstige weitere Leistungen	2.324	2.121	551	26,0%	1.373	197	512	112	20,3%
09 § 16 Abs. 2 S. 2 Nr. 1-4, 6 weitere sozialintegrative Leistungen	770	1.307	274	21,0%	886	147	184	57	20,8%
10 § 20 Regelleistung	52.787	62.971	19.643	31,2%	35.444	7.884	15.711	4.029	20,5%
11 § 21 Leistungen für Mehrbedarfe	19.039	20.325	3.647	17,9%	15.422	1.256	2.845	837	23,0%
12 § 22 KdU	144.647	160.973	60.155	37,4%	85.037	15.781	34.526	13.487	22,4%
13 § 23 Abweichende Leistungsbringungen	22.356	21.023	6.153	29,3%	13.256	1.614	4.513	1.511	24,6%
14 § 24 Befristeter Zuschlag	1.815	2.021	754	37,3%	1.059	208	342	183	24,3%
15 § 26 Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen	1.733	1.625	550	33,8%	871	204	518	103	18,7%
16 § 29 Einstiegsgeld	1.249	1.422	256	18,0%	1.083	83	358	52	20,3%
17 §§ 31, 32 Absenkung und Wegfall	60.581	67.744	26.896	39,7%	37.007	3.841	9.427	4.390	16,3%
18 § 33 Übergang von Ansprüchen	1.313	1.350	215	15,9%	980	155	181	145	67,4%
19 § 34 Ersatzansprüche	749	983	388	37,4%	544	71	174	60	16,3%
20 § 35 Erbehaltung	80	67	26	38,8%	38	3	22	4	15,4%
21 § 37 Antragsformalis	3.289	3.327	1.378	41,4%	1.771	178	519	365	26,5%
22 § 43 Aufrechnung	1.356	1.288	544	42,2%	538	206	258	54	9,9%
23 § 48 SGB I Auszahlung bei Unterhaltspflichtverletzung	468	394	141	35,8%	199	54	124	28	19,9%
24 § 51 SGB I Aufrechnung	339	313	141	45,0%	132	40	64	14	9,9%
25 § 52 SGB I Verrechnung	98	95	36	37,9%	42	17	22	2	5,6%
26 § 53 SGB I Übertragung und Verpfändung	48	46	23	50,0%	13	10	6	4	17,4%
27 § 54 SGB I Pfändung	28	24	7	29,2%	12	5	6	2	28,6%
28 §§ 60 - 66 SGB I Mitwirkung	9.456	8.915	4.390	49,2%	3.459	1.066	1.544	490	11,2%
29 § 44 SGB X Überprüfungsantrag	9.586	7.348	1.588	21,6%	5.052	708	3.271	326	20,5%
30 §§ 45-50 SGB X Aufhebung und Erstattung	117.249	94.457	34.482	36,5%	51.918	8.057	39.065	7.516	21,8%
99 Sonstige	100.946	128.511	39.314	30,6%	77.891	11.306	25.230	7.042	17,9%
Summe	805.234	830.234	301.459	36,3%	448.598	80.177	203.174	58.317	19,3%

Differenzen in den zusammengefassten Daten ergeben sich aufgrund der stufenweisen Umstellung des Statistikformats in den einzelnen
ARGE/AGAW im Laufe des ersten HV 2009

23.03.2010

Zentrale
SP II 21

Berichtszeitraum
01.01.2009 bis 31.12.2009

2. Klagen

	erhobene Klagen	erledigte Klagen	Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil		durch Urteil abgewiesen	auf sonstige Weise erledigt	darunter (Spalte G) mit ganz od. tw. Nachgegebener ARGE/AAgAW		Erfolgsquote aus Sicht der Kläger	unverl. Klagen am Ende des Berichtszeitraumes
			erhobene Klagen	erledigte Klagen			auf sonstige Weise erledigt	aufsonstige Weise erledigt		
00 keine Angabe	11.635	4.060	1.494	2	2	2.564	19	37,3%	4.291	
01 § 7 Berechtigte	2.012	715	23	56	56	636	293	44,2%	1.658	
02 § 8 Erwerbsfähigkeit	117	56	0	4	4	52	18	32,1%	99	
03 § 9 Hilfebedürftigkeit	1.535	588	16	33	33	539	216	39,5%	1.254	
04 § 11 Zu berücksichtigendes Einkommen	21.782	22.641	876	1.656	1.656	20.109	9.665	46,6%	28.678	
05 § 12 Zu berücksichtigendes Vermögen	2.074	2.222	141	237	237	1.844	852	44,7%	3.087	
06 § 16 Abs. 1 AN-Leistungen zur Eingliederung	2.379	2.370	83	427	427	1.860	637	30,4%	3.012	
07 § 16 Abs. 1 AG-Leistungen zur Eingliederung	243	69	0	5	5	64	24	34,8%	203	
08 § 16 Abs. 2 S. 1 sonstige weitere Leistungen	278	97	2	15	15	80	39	42,3%	221	
09 § 16 Abs. 2 S. 2 Nm. 1-4, 6 weitere sozialintegrative Leistungen	165	346	10	76	76	260	81	26,3%	374	
10 § 20 Regelleistung	11.453	11.526	561	1.105	1.105	9.860	4.653	45,2%	15.546	
11 § 21 Leistungen für Mehrbedarfe	4.120	2.745	65	448	448	2.232	587	23,8%	4.244	
12 § 22 KdU	26.931	24.913	1.377	1.966	1.966	21.570	11.407	51,3%	32.583	
13 § 23 Abweichende Leistungsbringung	2.761	939	27	100	100	812	330	38,0%	2.210	
14 § 24 Befristeter Zuschlag	204	334	8	30	30	296	103	33,2%	303	
15 § 26 Zuschuss zu Versicherungsbeiträgen	356	144	6	16	16	122	51	39,6%	384	
16 § 29 Einstiegsgehalt	211	218	7	43	43	168	43	22,9%	290	
17 §§ 31, 32 Absenkung und Wegfall	6.617	6.600	449	744	744	5.407	3.086	53,6%	7.650	
18 § 33 Übergang von Ansprüchen	188	183	5	39	39	139	37	23,0%	284	
19 § 34 Ersatzansprüche	221	224	19	9	9	196	91	49,1%	296	
20 § 35 Erbenhaftung	15	4	0	0	0	4	1	25,0%	14	
21 § 37 Antragsformalis	358	113	3	6	6	104	46	43,4%	306	
22 § 43 Aufrechnung	111	54	0	3	3	51	23	42,6%	83	
23 § 48 SGB I Auszahlung bei Unterhaltspflichtverletzung	38	9	0	3	3	6	3	33,3%	30	
24 § 51 SGB I Aufrechnung	38	14	0	2	2	12	8	57,1%	28	
25 § 52 SGB I Verrechnung	12	4	0	0	0	4	3	75,0%	6	
26 § 53 SGB I Übertragung und Verpfändung	4	3	0	0	0	3	3	100,0%	1	
27 § 54 SGB I Pfändung	5	4	0	0	0	4	1	25,0%	3	
28 §§ 60 - 66 SGB I Mitwirkung	719	285	7	13	13	265	113	42,1%	510	
29 § 44 SGB X Überprüfungsantrag	3.565	1.094	34	17	17	1.043	672	64,5%	2.899	
30 §§ 45-50 SGB X Aufhebung und Ersatzung	15.017	3.516	95	152	152	3.269	1.573	47,4%	12.937	
99 Sonstige	27.572	28.094	1.543	3.192	3.192	23.359	14.241	56,2%	35.790	
Summe	142.736	114.184	6.851	10.399	10.399	96.934	48.919	48,8%	159.074	

Differenzen in den zusammengefassten Daten ergeben sich aufgrund der stufenweisen Umstellung des Statistikformats in den einzelnen ARGE/AAgAW im Laufe des ersten HJ 2009

